



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

gesagt werden muß, in den letzten Jahren große Anstrengungen gemacht haben, um die Grabmalerplastik dem handwerksmäßigen Betrieb zu entreißen.

Ist es auch mit der Plastik großen Stils auf der diesjährigen Berliner Ausstellung schwach bestellt, so giebt sie ein desto vollständigeres Bild von der deutschen Kleinplastik. In idealen Gebilden, wie in Darstellungen aus dem modernen Leben entfaltet sie einen so großen Reichtum der Phantasie und der Erfindung und eine solche Virtuosität der technischen Ausführung, daß sie getrost mit Franzosen, Italienern und Belgiern in die Schranken treten kann. Daß sie den Bildnern dieser drei Nationen an Tiefe des Gemüts, an poetischer Gestaltung und an Humor überlegen ist, wollen wir dankbar als den, wir hoffen es, unerschütterlichen Grundzug des deutschen Wesens preisen.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Unerfreuliches aus Preußen. Wer die Verhandlungen über die Kanalvorlage in Preußen mit unbefangener Aufmerksamkeit verfolgt hat, der wird je länger je mehr die Überzeugung gewonnen haben, daß die Opposition der konservativen Fraktionen im Abgeordnetenhaus eine weit über die wirtschaftliche und technische Frage dieses Kanalbaus hinausreichende Bedeutung hatte. Es ist in den Grenzboten schon wiederholt darauf hingewiesen worden, wie die Minister, die mit der Sache zu thun hatten, mit außerordentlicher Gründlichkeit und Sachlichkeit das dringende Bedürfnis nach der Ergänzung des Eisenbahnnetzes und namentlich der Eisenbahnverbindungen zwischen dem Osten und Westen durch eine leistungsfähige Wasserstraße begründet haben, und wie unklar, widerspruchsvoll und zum Teil rabulistisch auf der andern Seite die Einwendungen der konservativen Gegner waren. Schon die erste Lesung im Plenum vom 13. bis 18. April ließ die Grundfähigkeit der Opposition klar erkennen. Die Verhandlungen in der Kommission und die zweite Lesung im Plenum, die zur Zurückverweisung an die Kommission führte, beseitigten vollends jeden Zweifel daran, daß man es mit einer nicht allein grundsätzlichen, sondern auch „faktiösen“ Opposition zu thun hatte, und wenn die protokollierten Erklärungen und Anträge der konservativen Opponenten vielleicht noch einem Zweifel an diesem ihrem Charakter Raum gegeben hätten, so sorgte die Presse der Oppositionsparteien und ihre sonstige organisierte Agitation im Lande für eine Aufklärung aller Unklarheiten. Es braucht hier vorläufig auf die einzelnen Thatsachen nicht eingegangen zu werden, sie sind noch frisch in aller Gedächtnis.

Schon in dem Rest der zweiten und in der dritten Lesung der Vorlage im Plenum waren allerdings die Führer der Oppositionsparteien sichtlich bemüht, die Ablehnung so darzustellen, als entspringe sie aus rein sachlichen, in dem Kanalprojekt selbst liegenden Gründen, und vollends nach der Entscheidung bietet ihre Presse alles auf, die Geschichte in dieser Beziehung zu fälschen. Es wird ihr das zunächst der Masse der Parteigenossen gegenüber auch wohl gelingen, aber die Geschichte, die die Wahrheit sagt, wird diese konservative Kanal Kampagne zu würdigen wissen als das, was sie wirklich ist, als das, für was auch die Krone und ihre

Räte sie erkannt und bisher behandelt haben: als eine gegen die Krone gerichtete Kraftprobe der neuen preußischen Junkerpartei, die aufgehört hat, konservativ zu sein. Wer die gegenwärtige Lage nicht ganz falsch beurteilen will, darf das keinen Augenblick außer acht lassen. Sollte das Staatsministerium, was nicht unwahrscheinlich ist, es für opportun halten, jetzt selbst die Erkenntnis dieses besondern, durch und durch unkonservativen Charakters der Opposition der jetzigen Konservativen in Preußen zu leugnen, so wird es sich selbst und leider auch die Krone vor dem ganzen Lande und vor allen Parteien ins Unrecht setzen, und jede weitere Woche seiner Amtsführung wäre ein Unglück.

Die neue preußische Junkerpartei — auf den Namen kommt wenig an — ist das Ergebnis des jahrelangen Zusammenwirkens von zwei Bewegungen: dazu gehört erstens die von uns oft gekennzeichnete und beklagte Fronde gegen den sogenannten „neuen“ Kurs — konkreter ausgedrückt: gegen Wilhelm II. —, eine Agitation, die sich teils mit Recht, teils zu Unrecht mit dem Namen Bismarck in Verbindung zu bringen pflegte, und als deren offenster, ehrlichster und verbittertster Vertreter Graf von Limburg-Stürum zu betrachten ist; die andre Bewegung in Altpreußen geht von dem extremen demagogischen und agitatorischen Agrariertum aus, das im Bunde der Landwirte unter Plöb und Wangenheim's Führung und mit der thatsächlichen Unterstützung von Kanitz, Mirbach und Kardorff so üppig ins Kraut geschossen ist, und das in mancher Beziehung reaktionär aber in keiner konservativ genannt werden darf. Die Fronde gegen den neuen Kurs und das extreme Agrariertum haben mit einander den konservativen Geist in Preußen korrumpiert und vorläufig vernichtet. Das Agrariertum allein hätte den Sieg über die wirklich konservative Gesinnung unter den altpreußischen gebildeten Landwirten und vor allem auch im preußischen höhern Beamtentum niemals in dem Grade, wie es der Fall gewesen ist, zu erringen vermögen ohne den kräftigen Vorspann der Fronde.

Es ist in den Grenzboten seit Jahren auf die traurige Verwüstung aufmerksam gemacht worden, die dieses Zusammenwirken frondierender Aristokraten und Würdenträger mit der Agrardemagogie in dem konservativen und auch dem monarchischen Empfinden östlich der Elbe angerichtet hat und noch anrichtet. Die Notlage, in der ein großer Teil gerade der Rittergutsbesitzer war, und die mehr oder minder schwere Zeit, die alle durchmachen mußten, hat diesen verhängnisvollen Einflüssen den Boden vorbereitet und die Herzen nur zu sehr zugänglich gemacht. Die einseitigen sozialistischen Doktrinen, in die sich die Staatswissenschaft in vorlautem Selbstbewußtsein gerade in Preußen immer mehr verirrte, hat reichlich zur Verbreitung der wirtschaftspolitischen Irrtümer beigetragen, die jetzt als feststehender Aberglaube an den bösen Willen der Staatsgewalt, die helfen soll und kann, aber nicht helfen will, die Landwirte fanatisiert. Wir haben diese Korruption der öffentlichen Meinung, des politischen, monarchischen, patriotischen Empfindens in einer Bevölkerung, die besonders berufen erscheint und heute noch besonders befähigt ist zur Pflege eines maßvollen, unabhängigen, vornehmen und liberalen Konservativismus, kommen sehen Schritt für Schritt und sie bekämpft, so weit das uns zustand. Wir sind jetzt am wenigsten überrascht, wenn in der Ablehnung der Kanalvorlage, in der die konservativen Landtagsabgeordneten in vollster Übereinstimmung mit ihren Wählern waren, diese Korruption zum klaren Ausdruck gekommen ist und wenn die konservativen Abgeordneten, die sie nicht zum Ausdruck gebracht haben, im offenen Widerspruch mit ihrer Wählerschaft sind.

An sich betrachtet, d. h. abgesehen von dem ihr der Wahrheit gemäß zuzusprechenden Charakter als Kraftprobe in dem bisher dargelegten Sinne, war die

Kanalvorlage ganz und gar nicht dazu angethan, ihrer Ablehnung durch die Mehrheit der konservativen Parteien die Bedeutung eines ernstern Konflikts zu geben. Selbst die Dringlichkeit des Bedürfnisses, die die Regierung von vornherein sehr scharf betonte, war dafür kein Grund. Bei einem Projekt, dessen Ausführung ein halbes Menschenalter erfordert, konnte selbst im Fall großer Dringlichkeit nicht gar so viel darauf ankommen, ob die Bewilligung durch den Landtag in dieser Session oder erst 1900, 1901 oder auch 1902 erfolgte. Gebaut wird der Kanal doch werden, das sagten ja die Minister selbst. Daß er jetzt abgelehnt wurde, war an sich durchaus nicht so tragisch zu nehmen. Es sind manche Fortschritte durch die Regierung nicht auf den ersten Hieb durchgesetzt worden. Eine gewisse Bedächtigkeit und Vorsicht im Fortschritt ist den Konservativen ja auch nicht zu verdenken.

Aber die Sache, die die Vorlage wollte, trat von vornherein und je länger je mehr in den Hintergrund gegenüber der Kraftprobe, die das Junkertum zu machen sich anschickte. Schon die etwas eigentümliche Bemerkung des Ministers von Miquel bei der ersten Lesung, daß die Ablehnung das gute Verhältnis der Regierung zu den konservativen Parteien nicht zu trüben brauchte, deutete darauf hin, was in der Luft lag. Herr von Miquel wollte der Kraftprobe ausweichen, damals und später. Es wäre vielleicht klüger gewesen, wenn das Staatsministerium und auch der König den Junkern den Gefallen nicht gethan hätten, sich ihnen zu stellen — freilich nicht im Sinne, in dem Herr von Miquel es wahrscheinlich meinte. Der Verlauf der Verhandlungen, das Verhalten der konservativen Opposition in und außer dem Hause, der bis zum Hohn und bis zur Beleidigung sich steigende Ton der Angriffe gegen die Regierung hat diese veranlaßt, die Kraftprobe anzunehmen. Wenn auch die Reden des Kaisers im Ruhrrevier noch nicht dahin gedeutet werden sollten, die Erklärungen der Minister, namentlich auch des Ministerpräsidenten, in den Schlußverhandlungen vom 19. bis 22. August lassen gar keine andre Deutung zu.

Und das Ergebnis war die ausgesprochne Niederlage der Krone — nicht in der Einzelfrage des Kanalbaus, sondern in der Kraftprobe mit dem Junkertum. Die dadurch geschaffne Lage aber bringt die Bedeutung der Phase, bei der die mit unabweisbarer Gewalt näher rückende entscheidende Krisis in Preußen und im Deutschen Reiche heute angelangt ist, zum erschreckend klaren Ausdruck: die völlige Unsicherheit, ja Hilflosigkeit der Krone gegenüber der Verirrung der öffentlichen Meinung und der Entartung des politischen Gewissens im Volke.

Daß das sich wirklich so verhält, darüber ist kein gebildeter Staatsbürger, auch kein Höfling und kein Staatsminister im Zweifel, und die Späßen, die ungebildeten, schreiens von den Dächern. Leider wissen Höflinge und manche Staatsminister in besonderm Grade, was sich schickt; sie sagen nicht, was sie wissen, wenn es oben verlegen könnte. So kann es kommen, daß der Monarch allein nicht weiß, was alle wissen. Möchte der Himmel geben, daß der König von Preußen diesmal endlich erfahren hat, was die ganze Wahrheit ist, daß er mit Schmerz und Stauen seine augenblickliche Machtlosigkeit gegenüber den Parteiagitationen erkannt hat und sich sagt: So, wie bisher, gehts nicht weiter! — Nur jetzt kein Vertuschen und Schönfärben nach oben, kein Plunkern und kein Versteckspielen nach unten. Dem Kaiser und dem Volk muß es klar werden, daß wir so den großen Aufgaben, die die Zukunft uns stellt, nicht gewachsen sind. Die Entartung des Konservatismus in Preußen zum siegreich frondierenden Junkertum, das Herabsinken des deutschen Liberalismus zu der Karikatur, wie er sich in der Demonstration des Reichstags gegen den Schutz der Arbeitswilligen entpuppte, die dauernde Etablierung des Ultramontanismus als herrschende Macht

im neuen Deutschen Reich, das ist doch eine Konstellation, die Kaiser, Fürsten, Minister und Volk aufwecken sollte zu der ehrlichen und rücksichtslosen Selbstzucht, die den Starken nie beschämt, der der Schwächling aber immer ausweicht. Es herrschen im Volke schon die tollsten Vorstellungen über die Ehrlichkeit, Mannhaftigkeit und Sachlichkeit der Ratgeber der Krone. Es wäre trostlos, wenn diese Ideen durch den weitem Verlauf der sogenannten Krisis noch mehr befestigt und ausgebildet werden sollten.

Nach ihrer Niederlage hatte die Regierung zunächst in der Rede des Ministerpräsidenten beim Schluß des Landtags am 29. August gute Miene zum bösen Spiel gemacht. Sie hat das Bedauern über die Ablehnung des Kanals und die Erwartung ausgesprochen, „daß die Überzeugung von der Notwendigkeit und Bedeutung des Kanals im Volke immer mehr Boden fassen, und daß es schon in der nächsten Session gelingen werde, eine Verständigung darüber mit dem Landtage der Monarchie herbeizuführen.“ Auch wenn sie noch so sehr von der Überzeugung durchdrungen war, daß die siegreiche Opposition der konservativen Partei weit mehr bedeutete, als die Verschiebung des Kanalbaus, konnte sie gar nichts anderes machen, als gute Miene zum bösen Spiele. Für ihr formelles Verhalten dem Abgeordnetenhaufe gegenüber konnte nur die einfache Thatsache der Ablehnung eines einzelnen Kanalprojekts durch die Majorität maßgebend sein. Deshalb schon war die Auflösung des Hauses, die man unbegreiflicherweise von liberaler Seite gewünscht und erwartet hatte, ganz ausgeschlossen. Die Regierung hätte keinen größeren Fehler begehn können. Sie hätte die Leute ins Recht gesetzt, die dem Volke jetzt schon vorreden, nicht die Sache, sondern des Kaisers ausgesprochener Wille gebe den Vorlagen der Regierung ihre Bedeutung. Die Verwirrung der öffentlichen Meinung wäre nur größer, die Zahl der Kanalseinde im Landtage ganz gewiß nicht kleiner geworden.

Dann folgte der Erlaß des Staatsministeriums an die Oberpräsidenten vom 31. August in nachfolgendem Wortlaut:

„Die königliche Staatsregierung hat zu ihrem lebhaften Bedauern die Wahrnehmung machen müssen, daß ein Teil der Beamten, welchen die Vertretung der Politik Sr. Majestät des Königs und die Durchführung und Förderung der Maßnahmen der Regierung Sr. Majestät obliegt, sich dieser Pflicht nicht in vollem Maße bewußt ist.

„Nicht nur die höhern politischen Beamten, sondern auch die königlichen Landräte dürfen sich in ihrer amtlichen Thätigkeit nicht durch die Stimmungen ihrer Kreise und die Meinungen der Bevölkerung über die Maßnahmen der Regierung Sr. Majestät beirren lassen; sie sind berufen und verpflichtet, die ihnen bekannten Anschauungen derselben zu vertreten und die Durchführung ihrer Politik, insbesondere in wichtigen Fragen, zu erleichtern und das Verständnis für dieselben in der Bevölkerung zu erwecken und zu pflegen. In allen Beziehungen, in welche sie durch ihre amtliche Stellung mit dem öffentlichen Leben gebracht werden, haben sie sich gegenwärtig zu halten, daß sie die Träger der Politik der Regierung Sr. Majestät sind und den Standpunkt derselben wirksam zu vertreten haben, unter keinen Umständen aber auf Grund ihrer persönlichen Meinungen die Aktion der Regierung zu erschweren berechtigt sind. Sie würden im andern Falle durch ihr Verhalten die Autorität der Staatsregierung schwächen, die Einheitlichkeit der Staatsverwaltung gefährden, ihre Kraft lähmen und Verwirrung in den Gemüthern hervorrufen. Ein solches Verhalten steht mit allen Traditionen der preussischen Verwaltung im Widerspruch und kann nicht geduldet werden. Wir vertrauen, daß es genügen wird, die

politischen Beamten hierauf mit Ernst und Bestimmtheit hinzuweisen, und hoffen, daß nicht wieder ein Anlaß geboten werden wird, weitergehende Maßnahmen zu treffen.“

So sehr die Ermahnung der Beamten am Platz war, im Hinblick auf die seit langer Zeit zu Tage getretene Gefolgschaft der Fronde und des extremen Agrariertums unter den Beamten ihre Pflicht zu thun, so konnte man den Erlaß doch immer nur auf die Kanalkampagne beziehen, solange die Regierung nicht klar aussprach, was sie wirklich meinte. Auch die im Schlußsatz angedeuteten „weitergehenden Maßnahmen“ mußten als durch die Kanalgegnerschaft bestimmter Beamten veranlaßt angesehen werden. Auch die gleich darauf in der im Ministerium des Innern erscheinenden „Berliner Korrespondenz“ veröffentlichte Begründung dieser Maßnahmen ließ keine andre Auffassung zu, als daß die inzwischen zur Disposition gestellten Verwaltungsbeamten — soweit bisher bekannt geworden ist, durchweg Abgeordnete, die gegen die Kanalvorlage gestimmt haben — wegen ihrer Opposition speziell in der Mittellandkanalfrage gemäßigter würden.

Wir müssen angesichts dieser, vorläufig etwas verwunderlich erscheinenden Vorgänge kurz auf das zurückkommen, was wir am 22. Juni in den Grenzboten sagten: „Man hat in widerlich versteckter, unwahrhafter Weise in der sogenannten liberalen Presse anlässlich der Kanalvorlage darauf hingedeutet, daß die Regierung die opponierenden Landräte, Regierungspräsidenten und andre höhere Beamten durch Maßregelungen oder doch durch das Drohen mit solchen zur Raison bringen könnte. Wir würden einen Druck von oben ad hoc für das Dünmste halten, was man im Augenblick machen könnte, ganz abgesehen davon, daß das preußische Staatsministerium in seiner derzeitigen Zusammensetzung gar nicht in der Lage ist, mit gutem Gewissen das reaktionäre und agrarische Junkertum in der ihm untergestellten Beamtenschaft zu verfolgen.“

Daß sich eine Anzahl Landräte und Regierungspräsidenten politisch so verhalten haben, daß sie schon längst hätten zur Disposition gestellt werden müssen, wenn sie dieses Verhalten nicht bleiben ließen, steht ganz gewiß fest. Aber es steht ebenso fest, daß dieses Betragen bis zur Ablehnung der Kanalvorlage im Abgeordnetenhaus von den maßgebenden Ministern nicht nur nicht gebührend zurecht gewiesen, sondern durch vielfache, augenfällige Kapitulationen vor dem agrarischen und junkerlichen Ansturm geradezu ermutigt und großgezogen worden ist. Weder Herr von Hammerstein noch Herr von der Recke und am wenigsten Herr von Miquel hatte ein Recht, den Junkern ihren Übermut, auch wenn sie Landräte sind, im Ernst zum strafbaren Vorwurf zu machen. Wie konnten sie — so hört man jetzt natürlich fragen — die Entfernung der Beamten, die gegen den Mittellandkanal gestimmt haben, von ihren Posten zulassen, ohne selbst ihre Posten zu räumen? Wie kann man die Männer, die zufällig an der Schlußabstimmung über den Kanal teilgenommen und mit Nein votiert haben, maßregeln und die zahlreichen höhern Beamten, die seit Jahren im Sinne der Fronde und des extremen Agrariertums gesprochen und gestimmt haben, unbehelligt lassen, weil sie nur gerade nicht an der Ablehnung der Kanalvorlage unmittelbar durch ihr Votum im Abgeordnetenhaus beteiligt waren?*)

*) Dabei ist doch eins zu bemerken, was man ganz zu übersehen pflegt. Von dem Moment an, wo sich der Monarch persönlich für die Kanalvorlage eingesetzt hatte, blieb den Verwaltungsbeamten im Abgeordnetenhaus gar nichts andres übrig, als sich der Abstimmung zu enthalten, wenn sie nicht mit Ja stimmen wollten. Wer mit Nein stimmte, der stimmte nicht nur gegen die Regierung, sondern auch gegen den König. Das aber war einfach eine Disziplinosigkeit und konnte nur mit der Entfernung aus dem Amte beantwortet werden. A. d. N.

Wir stehn im ersten Anfangsstadium der Krisis. Da sind Unbegreiflichkeiten und Fehler vielleicht nicht zu vermeiden. Das System Miquel mit seinen fortgesetzten Verbeugungen gegen die Agrarier hat zwar nicht die Korruption des preussischen Konservatismus überhaupt verschuldet, aber erleichtert hat es sie entschieden ganz bedeutend. Und wenn dieses System — die Person, nach dem es genannt werden muß, mag ja sehr gute, nur ganz unklare Absichten haben, soll auch hier gar nicht getroffen werden — unzweifelhaft einen guten Teil der Schuld an der augenblicklichen Lage der Krone Preußen hat, so wird es wahrscheinlich auch bei dieser sehr unerfreulichen Lage sein Bewenden haben, solange das System fortbesteht, solange nach ihm fortgewurstelt wird. Und wenn nur wenigstens nicht des Königs Name in aller Munde wäre, wo diese Unbegreiflichkeiten und Fehler besprochen werden. Seit Jahren aber deckt die Regierung nicht die Person des Monarchen, sondern sich durch den Monarchen. Unter hundert Leuten, die das Volk für Wissende hält, sagen ihm heute neunzig: Der König ist natürlich selber schuld, er hört ja auf keinen Rat. Und die übrigen zehn vom Hundert halten den Mund dazu, auch die Beamten und die Minister.

Daß der Kaiser persönlich eine große und heilsame, konservativ und doch vorwärts führende Politik will, daß er hoch steht über dem kleinlichen Interessengeist des heutigen Parteilebens, und daß er an hingebender Pflichttreue hinter dem besten altpreussischen Beamten nicht zurücksteht, an Willenskraft alle überragt, mit dieser Überzeugung hat die augenblicklich so unerfreuliche Lage in Preußen natürlich gar nichts zu thun. Und das ist, wie die Verhältnisse bei uns liegen, immerhin ein großer Trost. Wir haben nie daran gezweifelt, daß die dunkeln Punkte in dem glänzenden Erbe, das Wilhelm II. vor elf Jahren antrat, ihn schwere Kämpfe und auch Niederlagen durchzumachen zwingen würden, bevor er mit sicherer Hand das Staatsschiff in den rechten Kurs gebracht haben würde. Aber fort mit allen denen, die ihn hindern, aus den Niederlagen zu lernen und die Fehler zu erkennen, die gemacht worden sind.

β

Das Züchtigungsrecht der Schule. Wir haben noch kein Schulgesetz, wir haben immer nur Erlasse der Unterrichtsbehörde, und zur Abänderung eines Erlasses genügt ein neuer Erlass. Man braucht darum nicht erst die schwerfällige Gesetzgebungsmaschine in Bewegung zu setzen. Von heute auf morgen kann der jüngste Erlass über das Züchtigungsrecht des Lehrers geändert werden, wie er im Verlauf der Jahre schon öfters geändert worden ist.

Zu begrüßen ist an der Verfügung auf alle Fälle die milde Gesinnung, die sich von der strammen Art des Vorgehns auf andern Gebieten wohlthunend abhebt. Auch ist nicht zu leugnen, daß er die Lehrer wieder einmal zur Einkehr bei sich selbst zwingen, daß er ihnen die Überlegung von neuem nahelegen wird, den Bakulus nicht als einen Ehrendegen zu betrachten. Nach einer Seite hin aber bedarf der Erlass entschieden einer Ergänzung. Was soll mit den Schülern geschehen, die sich an eine milde Behandlung nicht gewöhnen können? Denn es giebt solche Schüler, und zwar mehr, als man im großen Publikum anzunehmen pflegt. Es zählen dazu namentlich all die Kinder, die schon vor dem Betreten des Schulhauses im Elternhause einer allzu strengen Zucht unterworfen waren. Wo der Knabe schon im zarten Kindesalter die schwere Hand des Vaters gefühlt, wo das kleine Töchterchen schon in der Wiege unter dem allzu lockern Handgelenk der Mutter gelitten hat, da wird es dem Lehrer nicht leicht werden, „mit der Rute“ auszukommen, zumal da doch diese Kinder bei der Heimkehr immer noch der Knüttel erwartet. Gewiß, wenn erst die Eltern die schöne Kunst erlernt haben, ohne harte

Strafen zu erziehen, dann, ja dann dürfte wohl auch der Lehrer hoffen, mit den mehr symbolischen Zuchtmitteln auszukommen, wie sie durch die Verfügung vorgelesen sind. Dem sogenannten hartschlägigen Kinde flößt man zunächst nur durch harte Schläge Achtung ein, und ein solches Unglücksweesen schätzt die Liebe, die es von denen empfängt, die sich um sein Seelenheil bemühen, nach ihrer Wirkung ab und respektiert den am meisten, der die kräftigste Wirkung erzielt.

Dieser Art von falsch erzognen Kindern begegnet man vornehmlich in der Volksschule. Die höhern Schulen haben es eher mit der entgegengesetzten Gattung, mit den zu mild erzognen, oder besser gesagt: mit den verzognen Kindern zu thun. Denn eine milde Erziehung an sich braucht nicht nachtheilig zu sein, sie ist erst verderblich, wenn sie nicht durch die sittliche Kraft des Erziehers, durch die Beharrlichkeit seines Willens, durch Vernunft geleitet wird. Denn wo diese Eigenschaften fehlen, da suchen die Eltern gar bald nach äußern Stützpunkten und rufen fremde Geister herbei, um es mit ihnen allerdings hinterher nicht viel anders zu machen wie der lebensmüde Greis mit dem um Hilfe angegangnen Tode. Und der fremden Geister giebt es eine ganze Zahl; es sind nicht etwa bloß die Lehrer und die Gouvernanten und Bonnen; es gehört dazu der Schornsteinfeger ebensogut wie der Schutzmann, es gehört dazu der Landstreicher und nicht zuletzt sogar der Hund. Sie alle sind dazu berufen, erziehlich auf das junge Geschöpf einzuwirken. Wie oft wird die Scheu vor den Tieren, die Furcht vor dem Polizisten, der Widerwille vor dem Anblick des Armen, wie oft eine falsche Vorstellung von der Schule auf diese Weise in die junge Seele hineingetragen. Nicht leicht dürfte mans in den gebildeten Kreisen Englands hören, daß der Schutzmann als der Rächer aller Sünden, der Lehrer als ein Zuchtmeister der Jugend hingestellt wird. Und wie wenige Mütter mag es dagegen in Deutschland geben, die keinem ihrer Kinder jemals mit der Schule gedroht haben! Und nun kommt das Bürschchen in die Schule und erwartet die ersten Schläge, und der Vater geht wohl gar den Lehrer mit Bitten an, den Jungen recht streng zu behandeln, und die Mutter vollends, wenn sie bei ihrer ersten Erkundigung eine unerwartet gute Auskunft erhält, legt dem zufriednen Magister ihre häuslichen Beschwerden über den Sprößling ans Herz und ruft die Mächte der Schule dagegen zur Sühne auf.

So tritt nicht selten und nicht etwa bloß von seiten der Eltern an die Schule die Forderung heran, in die Erziehung des Kindes einzugreifen. Gewiß wirkt die Schule erziehend, aber nicht so unmittelbar, nicht so beständig und nicht so nachdrücklich wie das Haus. Die höhere Schule zumal erzieht vornehmlich durch den Unterricht. Die dauernde Unterweisung, das Vorbild namentlich hat das Haus zu liefern. Wo es hieran fehlt, da ist die Schule machtlos. Das Haus muß so beschaffen sein, daß die Schule an ihm eine Stütze hat; das gute Haus aber kann nur den Wunsch haben, daß die Schule seinen Einfluß nicht störe. Wo aber das Haus, statt den Einfluß der Schule zu stützen, ihn stört, wo sich die Eltern gar mit dem Kinde gegen den Lehrer als eine ihnen feindliche Macht verbinden, da erscheint die Sorte von Schülern, mit denen der neueste Züchtigungserlaß gar nicht rechnet. Und in der That sollte auch die Schule damit nicht zu rechnen haben. Solche Elemente sind selten, nimmt der Erlaß an; aber schon ein räudiges Schaf verdirbt die ganze Herde. Und darum mußten die vorgelegten Behörden, die für die Allgemeinheit ein mildes, liebevolles Regiment wünschen, auch notwendig die Ausschließung des Kindes aus der Gemeinschaft befürworten, das ein mildes Regiment nicht verträgt, das für sich eine besondre, eine härtere, jedenfalls eine ganz individuelle Behandlung verlangt.

Die Leitung der Massen, auch gerade der Jugend, ist eine Kunst, die in der Vollendung, wie sie der neueste Erlaß bei den Lehrern voraussetzt, beim besten Willen nicht von allen erreicht wird. Jugend hat keine Tugend, und was uns Alten Achtung einflößt, das imponiert unsern Kindern noch lange nicht. Der allverehrte Hochschulprofessor, der gefürchtete Staatsanwalt, der Regimentskommandeur, sie alle dürften vor einer Schulkasse ihre gewohnte Macht völlig einbüßen, es sei denn, daß Staatsanwalt und Oberst mit dem gebräuchlichen, ihre Machtbefugnisse verbürgenden Apparat austräten.

Der unerzogene Schüler drängt den Lehrer von seiner eigentlichen Aufgabe ab und zwingt ihn auf eine falsche Bahn. Die Beschäftigung mit den besten Erzeugnissen vorbildlicher Geister, der eine jede gut geleitete Anstalt erfüllende ideale Sinn, der Wetteifer im Ringen mit strebenden Genossen, das alles versagt bei solchen Schülern seine erziehlige Wirkung, und strafende Rede, zornige Drohung, äußerliche Zuchtmittel sind an der Tagesordnung. Die Schule, die bei uns den Menschen acht bis zwölf Jahre hindurch in seinem ganzen Wirken und Denken in Anspruch, vielleicht viel zu sehr in Anspruch nimmt, kann nun einmal die Verantwortung für die Gemüts- und Willensbildung der ihr anvertrauten Zöglinge nicht ablehnen, aber sie kann nicht in sechs Stunden täglich Einflüssen entgegenwirken, die sich in der übrigen Zeit geltend machen, zumal da diese ihrer Mehrzahl nach verführerisch erscheinen müssen neben der ersten Art der Schulerziehung. Die notwendige Folge davon, sollte man meinen, wäre bei der Aufnahme in die Schule, bei Beförderungen und schließlich bei der Entlassung eine besondere Rücksicht auf die Charakterentwicklung der Schüler. Allein die Vielseitigkeit der heutigen Anforderungen, der Massenunterricht, dazu auch noch eine weitgehende Milde gegenüber der Jugend erlaubt es mitunter nicht, bei befriedigenden Leistungen die begleitenden Umstände, den die Grundlage bildenden wissenschaftlichen Sinn, den sittlichen Ernst allzustark in Betracht kommen zu lassen. Und gar zur Ausschließung eines Schülers in der Mitte seiner Laufbahn möchte man aus allerlei Rücksichten nur schwer schreiten, oft ja aus berechtigten Rücksichten auf die Zukunft des Schülers, die Lage der Eltern, ja sogar auf den Ruf der Anstalt.

Gewiß wäre es bedauerlich, wollte man einem jungen Menschen auf einer so frühen Stufe der Entwicklung schon die Möglichkeit der Umkehr versagen, es sei denn, daß es sich um Fälle gänzlicher Entartung handelt. Für die häufiger anzutreffenden Opfer einer falschen Erziehung werden edel denkende Pädagogen nimmermehr eine so harte Maßregel billigen. Was sie aber verlangen können, das ist und bleibt die Befreiung der wohlherzogen Masse von den störenden Elementen, ohne daß diese darum geschädigt werden. Gibt man ja doch in letzter Zeit die geistig zurückgebliebenen Kinder zu ihrem eignen Besten in besondere, zu diesem Zwecke eingerichtete Anstalten, warum nicht auch die in ihrem Charakter angekränkelten. Freilich müßten sie, wie jene, ungewöhnlich befähigte Lehrer erhalten, Lehrer, die sich an den allgemeinen Anstalten schon besonders bewährt haben. Man kann nicht jedem Lehrer ohne weiteres die Fähigkeit zumuten, die Bestie im Menschen zu zähmen. Woran es liegt, daß dies dem einen, vielleicht äußerlich unscheinbaren Manne gelingt und dem andern nicht? Wären die erforderlichen Eigenschaften in ein Schema zu bringen, man hätte es längst wohl in allen Schulen angeschlagen, und die Lehrer würden sämtlich bestrebt sein, sich in heißem Bemühen das Erforderliche anzueignen. Aber noch ist es keiner Schulbehörde, noch ist es keinem Pädagogen gelungen, die Formel zu finden. Noch soll es einzelne Schüler und darum ganze Klassen geben, die es vermögen, einen gesellschaftlich und wissenschaft-

lich hochstehenden, hochachtbaren und hochgeachteten Mann zum Spielball ihrer Launen, zum Gegenstand des Spotts, ja wohl gar zum frühzeitig hinsiechenden Opfer seines Berufs zu machen. Ist es denn nicht genug, von einem Lehrer, abgesehen von der wissenschaftlichen Durchbildung, die Fähigkeit zu verlangen, eine größere, mitunter sogar übermäßig große Zahl von normal vorgebildeten und normal erzogenen Schülern zu stundenlanger Aufmerksamkeit und regelmäßigem Fleiß anzuhalten, ohne Polizei, ohne Kriegsartikel, ohne Amtskleidung, nur durch die Macht seiner Persönlichkeit? Der Gymnasiallehrer in Rußland hat seinen Degen, der französische Oberlehrer seinen Pion zur Seite, durch den ihm die Handhabung der Disziplin abgenommen wird. Wir wollen diese Einrichtung keineswegs als nachahmenswert für uns hinstellen, wir erwähnen sie nur als Beweis für die Schwierigkeit der dem Lehrer zugemuteten Aufgabe.

Bei uns zu Lande ist doch der größte Teil des Lehrpersonal imstande, aus eigener Kraft die ihm anvertraute Jugend richtig zu leiten und zum vorgeschriebnen Ziele zu führen. Allein trotz der anerkannten Tüchtigkeit der Jugenderzieher und trotz der nie rastenden Arbeit an ihrer Vervollkommnung ist doch nicht zu leugnen, daß das Verhältnis zwischen Schüler und Lehrer gerade in unsern höhern Schulen und namentlich in den obern Klassen nicht überall besonders erfreulich, nicht ein Verhältnis offenen Vertrauens, nicht das der unbedingten Hingebung, nicht das der Hochschätzung und Verehrung ist. Mangel an Selbstkritik würde den Lehrern vorgeworfen werden dürfen, wollten sie alle Schuld von sich abwälzen. Gewiß giebt es in Kollegien von zwanzig und mehr Lehrern bisweilen auch solche, die sich in der Wahl ihres Berufs vergriffen haben. Gewiß giebt es wohl auch einige darunter, die sich allzu gewaltsamer Mittel bedienen müssen, um ihrer Persönlichkeit die nötige Geltung zu verschaffen. Aber dem richtigen Leiter wird der Magister plagosus, werden die minder Fähigen nicht lange verborgen bleiben, und er wird durch geschickte Anordnung des Lehrplans, durch vermehrte Beobachtung, durch unablässige Unterweisung unter Zuhilfenahme des andern Personals den etwaigen Schaden einzuschränken verstehen. Freilich, um dieser seiner Aufgabe gerecht zu werden, müßte der Anstaltsleiter mehr noch als bisher von andern Arbeiten entlastet werden. Vor allem aber dürfte gerade den Lehrern ein ausreichendes Ruhegehalt nicht bis zu einem Lebensalter vorenthalten werden, wo sich auch bei den Leistungsfähigern durch körperliche oder geistige Gebrechen schon eine Schädigung der Persönlichkeit eingestellt hat. Genug, nur unter günstigen Bedingungen wird, wie der neueste Erlass es will, „der religiös-sittliche Charakter des Lehrers, seine gewissenhafte Pflichterfüllung, seine ernste und zugleich liebevolle Behandlung der Kinder, sein gediegener Unterricht“ allein ausreichen zur erfolgreichen Arbeit an der Förderung des heranwachsenden Geschlechts.

Mag Banner



Da der Gedanke laut geworden ist, die Beschwerdebücher abzuschaffen, so bitten wir unsere Leser, die von ihrer Sommerreise zurückgekehrt sind, uns ihre unangenehmen Erfahrungen während der Reise für das Maßgebliche und Unmaßgebliche mitzuteilen. Eine kleine derartige Notiz in den Grenzboten wirkt oft mehr als lange private Beschwerden.

Die Red.

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig
Verlag von Fr. Wih. Grunow in Leipzig. — Druck von Carl Marquart in Leipzig